AKADEMIE FÜR
RAUMFORSCHUNG UND
LANDESPLANUNG

Paul Gans

Demografischer Wandel

S. 375 bis 396

URN: urn:nbn:de: 0156-5599346

CC-Lizenz: BY-ND 3.0 Deutschland

In:

ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.):
Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung

Hannover 2018

ISBN 978-3-88838-559-9 (PDF-Version)
URN: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-55993

Die ARL ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Paul Gans

Demografischer Wandel

Gliederung

1 Demografischer Wandel – eine Erläuterung
2 Regionale Differenzierung der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland
3 Ursachen des demografischen Wandels
4 Herausforderungen des demografischen Wandels
5 Handlungsstrategien in unterschiedlich strukturierten Räumen
6 Schlussbemerkungen
Literatur

Der demografische Wandel beeinflusst in hohem Maße die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland. Aus räumlicher Perspektive stehen die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und damit die Sicherung der Daseinsvorsorge im Vordergrund. Ihre Gewährleistung erfordert aufgrund der tief greifenden räumlichen Unterschiede im Hinblick auf die Folgen des demografischen Wandels standortspezifische Handlungsansätze.

1 Demografischer Wandel – eine Erläuterung

Demografischer Wandel bedeutet die Veränderung der Bevölkerung nach Zahl und Struktur. In Deutschland wird er die gesellschaftliche Entwicklung in ökonomischer, sozialer und kultureller Hinsicht maßgeblich beeinflussen. Für ▷ *Stadtentwicklung* und ▷ *Raumentwicklung* nimmt die ▷ *Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse* in allen Teilgebieten Deutschlands einen hohen Stellenwert ein.

Seit 2011 hat sich die Einwohnerzahl Deutschlands von Jahr zu Jahr erhöht, Wanderungsgewinne durch Migration von deutlich über 400.000 Personen haben das Geburtendefizit von ca. 200.000 Menschen mehr als ausgeglichen. Doch werden sich die Sterbeüberschüsse noch ausweiten, da eine deutliche Zunahme der Geburtenhäufigkeit in Zukunft nicht zu erwarten ist. Die Folgen sind Bevölkerungsrückgang bei steigender Bedeutung älterer Menschen und gleichzeitig zurückgehenden Zahlen jüngerer Altersgruppen. Migrationsgewinne mildern diesen Trend. Hohe Zuwanderungsüberschüsse zögern den Beginn der Bevölkerungsabnahme hinaus, wie die verschiedenen Szenarien der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (2015) darlegen. Bei einem Wanderungsgewinn von jährlich 300.000 Personen im Zeitraum von 2013 bis 2060 steigt die Einwohnerzahl bis etwa 2030 und sinkt dann bis 2060 auf 77,8 Mio. (2013: 80,8 Mio.). Die Zahl der mindestens 60-Jährigen bezogen auf 100 Personen im Alter von 20 bis unter 60 Jahren erhöht sich kontinuierlich (2013: 49,7; 2060: 79,1), während die entsprechende Größe für die unter 20-Jährigen stabil bleibt (2013: 33,3; 2060: 35,7; Destatis 2015: 268). Im Vergleich dazu wirkt bereits eine leicht höhere Geburtenhäufigkeit von 1,6 Kindern je Frau auch bei Wandergewinnen von jährlich 200.000 Personen eher der Überalterung entgegen (Destatis 2015: 152; Variante 6).

Diese nur kursorisch dargestellten Tendenzen werfen Fragen zu Herausforderungen auf, deren Bewältigung für den Erhalt der Lebensqualität in allen Teilräumen Deutschlands ausschlaggebend ist. Welche Wirkungen gehen von Bevölkerungsabnahme und -alterung z. B. auf die Nachfrage nach Gütern oder auf die Angebotsseite der regionalen Arbeitsmärkte aus (▷ Arbeitsmarkt)? Kann eine aktive Migrationspolitik den Mangel an Nachwuchskräften ausgleichen (▷ Migration)? Können die Kommunen die wachsenden Herausforderungen der Integration von Personen mit Migrationshintergrund bewältigen (▷ *Integration, soziale und ethnische*)? Welche Folgen hat der demografische Wandel für die Sicherung der ▷ *Daseinsvorsorge*?

Den Herausforderungen des demografischen Wandels sind räumliche Ausprägungen inhärent, d. h., es treten hinsichtlich der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung – knapp zusammengefasst durch die Komponenten *Weniger, Grauer, Vereinzelter, Bunter* – erhebliche Abweichungen zwischen Regionen vergleichbarer und unterschiedlicher Größe und Siedlungsstruktur auf (▷ *Region*; ▷ *Siedlung/Siedlungsstruktur*). Welche Herausforderungen ergeben sich hieraus für die Raumentwicklung? Welche Handlungsansätze und -empfehlungen kann die ▷ *Raumordnung* zur Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse verfolgen (Danielzyk 2014)?

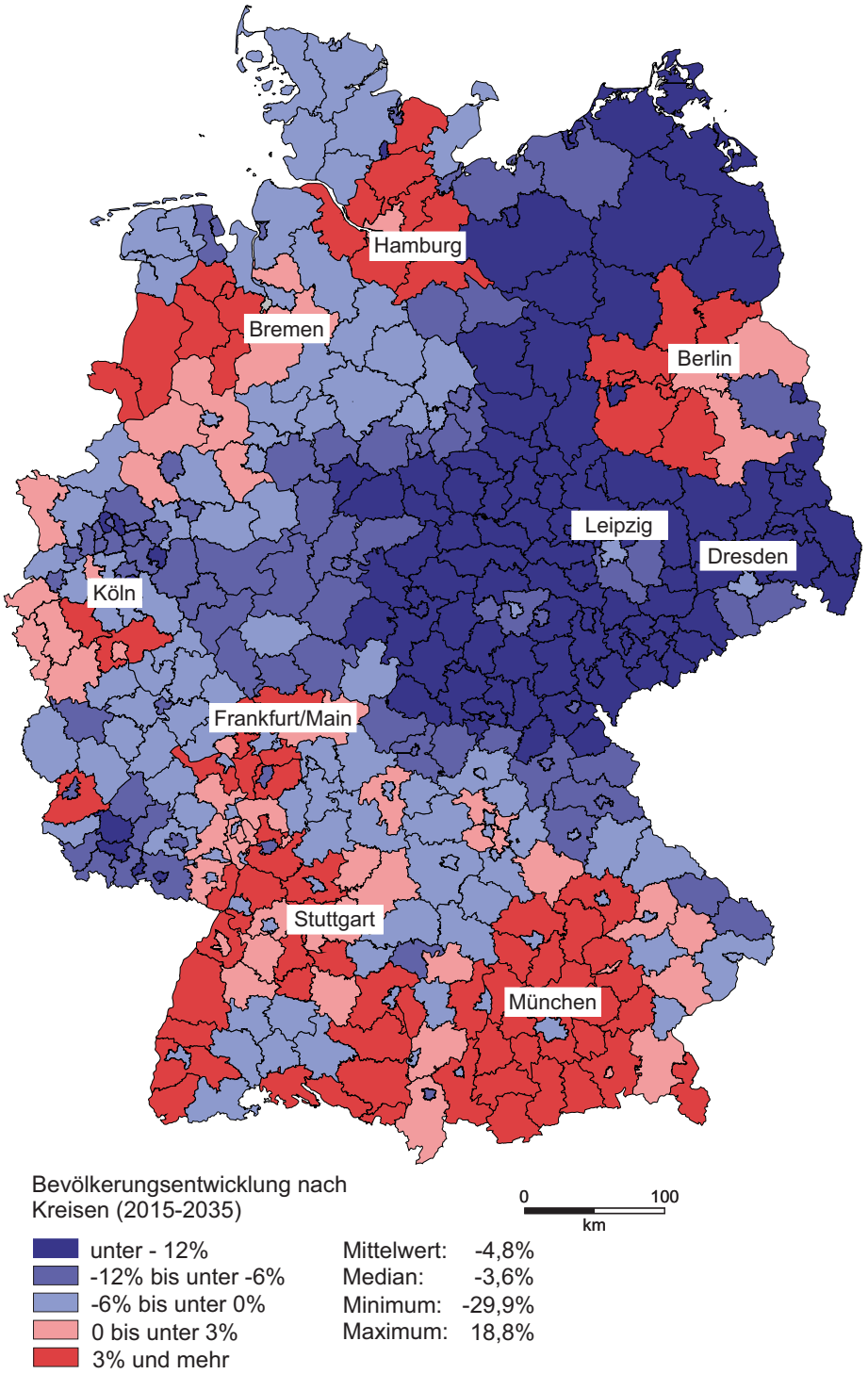
2 Regionale Differenzierung der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland

2.1 Komponente Weniger

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) erwartet in seiner neuesten Raumordnungsprognose 2035 für 2015 bis 2035 eine Abnahme der Bevölkerung in Deutschland um 3,3 % auf 78,2 Mio. (▷ *Prognose*). Die Bevölkerungsvorausberechnung basiert auf den Annahmen der Raumordnungsprognose 2013 in Bezug auf die Parameter Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit und Binnenwanderungen und ihre räumliche Verteilung, korrigiert jeweils durch die Zensusergebnisse von 2011. Bei den Außenwanderungen wurde angenommen, dass der Saldo von 428.000 Personen im Jahr 2013 bis 2018 auf jährlich 200.000 Personen sinkt und dann bis 2035 konstant bleibt (Schlömer/Bucher/Hoymann 2015: 3 f.). Die Nettowanderung entspricht demnach von 2012 bis 2035 insgesamt 4,9 Mio. oder jährlich 212.000 Menschen, nach Einschätzung von Schlömer, Bucher und Hoymann (2015: 5) eher eine Untergrenze für das künftige Wanderungsgeschehen. Allerdings verringert sich in Ostdeutschland die Einwohnerzahl großräumig um über 12 % (s. Abb. 1). Nur Berlin und das Umland ragen mit positiven Werten heraus. In Westdeutschland kommen Verluste von mehr als 12 % z. B. in Niedersachsen, im Ruhrgebiet, im Saarland oder in Oberfranken vor. Eine positive Entwicklung wird u. a. für die Agglomerationsräume Hamburg, Köln/Bonn, Rhein-Main, Stuttgart oder München prognostiziert (▷ *Agglomeration, Agglomerationsraum*), und auch ländlich geprägte Regionen wie der Bodenseeraum oder der Westen Niedersachsens können bis 2035 von einem Wachstum ausgehen. Augenfällig sind gegenläufige Trends sowohl für Agglomerationsräume (München, Ruhrgebiet) als auch für ▷ *Ländliche Räume* (Alpenvorland, Oberfranken): Tabelle 1 verdeutlicht, dass auf den ländlichen Raum in Westdeutschland ein kräftiger, in Ostdeutschland ein außerordentlicher Rückgang der Einwohnerzahlen zukommen wird, während die negative Tendenz für die städtisch geprägten Kreise insgesamt unterdurchschnittlich ausfallen wird. Zugleich verweisen die Unterschiede in der Bevölkerungsentwicklung zwischen Kreisen desselben siedlungsstrukturellen Typs nachdrücklich auf die Notwendigkeit raumspezifischer Strategien im Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels.

Die Gegensätze in der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung auf Kreisebene basieren auf Migrationen. Insbesondere die Ausprägungen der Binnenwanderungssalden hängen von der regionalen Wirtschaftsstruktur, der Situation auf dem Arbeitsmarkt oder von überregional bedeutenden Bildungseinrichtungen ab. Weiche Standortfaktoren wie landschaftliche Attraktivität oder Freizeitwert spielen ebenfalls eine Rolle. Generell folgen interregionale Binnenwanderungen einem ökonomischen Gefälle, wie es z. B. in der räumlichen Differenzierung der Arbeitslosenquote zum Ausdruck kommt (Schlömer 2009: 123 ff.). Für die Außenwanderungsbilanzen sind diese Zusammenhänge weitaus weniger deutlich zu erkennen. So verzeichnen sowohl wachstumsstarke Regionen wie Oberbayern als auch Regionen mit Binnenwanderungsverlusten wie das Ruhrgebiet Außenwanderungsgewinne, die vornehmlich auf die Wirksamkeit von Migrantennetzwerken zurückgehen (▷ *Netzwerke, soziale und organisatorische*). Insgesamt konzentriert sich die Bevölkerung mit ausländischen Wurzeln in den Großstädten und städtischen Kreisen Westdeutschlands (Gans/Schlömer 2014). Auch Flüchtlinge und Asylsuchende werden nach Abschluss ihres Verfahrens die räumlich dispers verteilten Aufnahmeeinrichtungen verlassen und Wohnstandorte in den

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland nach Kreisen (2015–2035)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage von BBSR 2015

Verdichtungsräumen anstreben. Hier sind Angebote der sozialen ▹ *Infrastruktur* zu ihrer Integration vielfältiger und leichter zu erreichen und auch Chancen auf dem Arbeitsmarkt günstiger als in vielen ländlichen Räumen. Die zurzeit hohen Außenwanderungsgewinne werden daher in West-, weniger in Ostdeutschland und in städtischen, weniger in ländlich geprägten Kreisen die Bevölkerungsentwicklung beeinflussen. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass Migrationsgewinne der Kreise nur bedingt eine Zunahme ihrer Einwohnerzahlen zur Folge haben. Vielmehr weitet sich nach Bucher und Mai (2008) ein neuer Typ des Bevölkerungsrückgangs aus, bei dem wachsende Geburtendefizite Wanderungsgewinne immer häufiger übertreffen werden.

Tabelle 1: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland nach siedlungsstrukturellen Kreistypen (2015–2035)

Siedlungsstruktureller Kreistyp	Bevölkerungsentwicklung in %					
	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Minimum	Mittelwert	Maximum	Minimum	Mittelwert	Maximum
kreisfreie Großstädte	-15,3	-5,4	3,6	-20,8	-9,1	3,4
städtische Kreise	-13,4	0,0	18,8	-25,5	-19,4	-3,6
ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen	-19,4	-2,2	16,9	-28,0	-16,2	7,3
dünn besiedelte ländliche Kreise	-15,5	-4,2	11,9	-29,9	-16,5	7,1
insgesamt	**-19,4**	**-2,3**	**18,8**	**-29,9**	**-15,7**	**7,3**

Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage von BBSR 2015

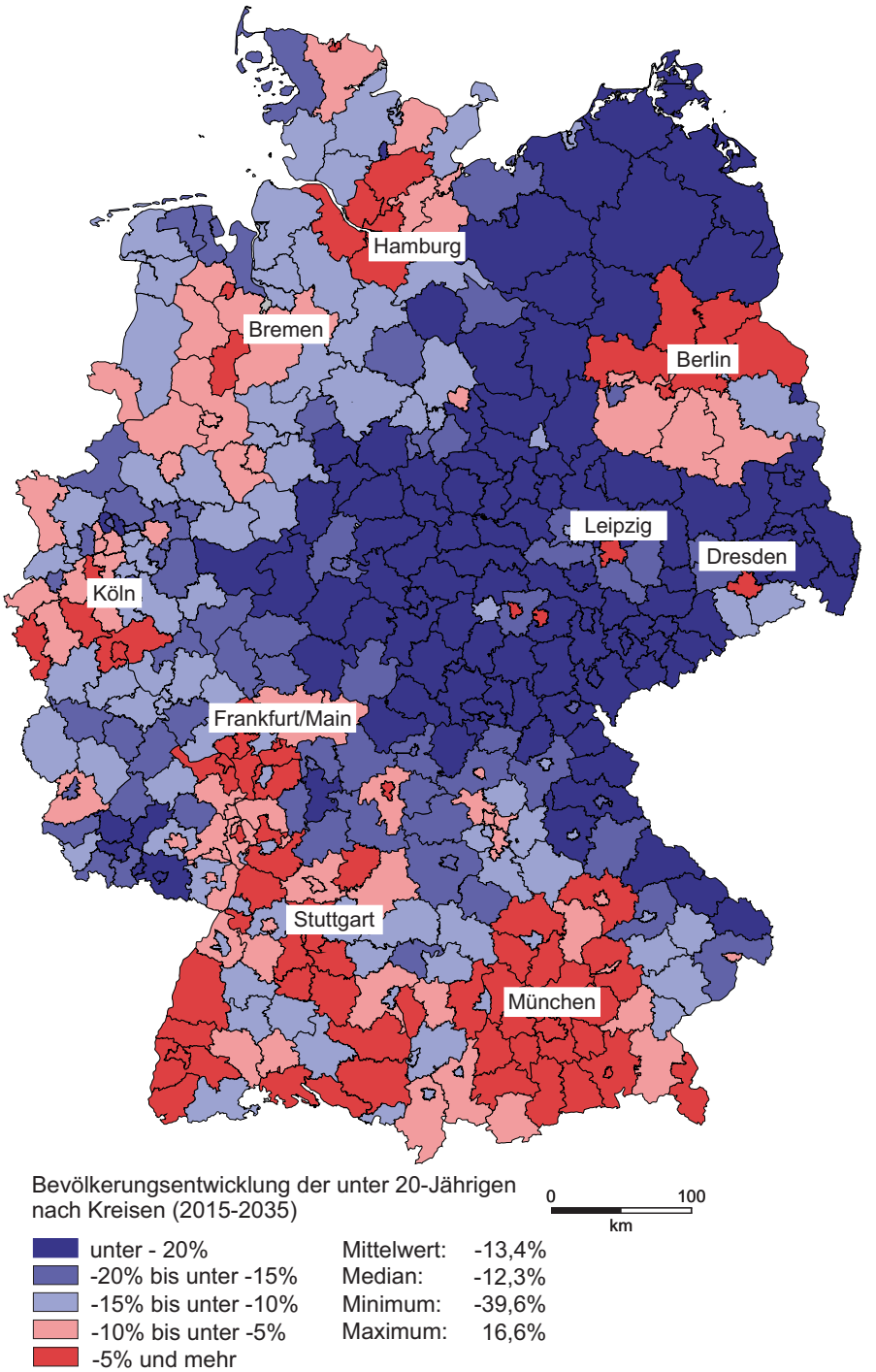
2.2 Komponente Grauer

Charakteristisch für die Alterung als weitere Komponente des demografischen Wandels ist die absolute wie auch relative Zunahme älterer Menschen. Drei Faktoren treiben die Alterung der Bevölkerung an:

1) Ein weiterer Anstieg der Lebenserwartung, von dem im Allgemeinen ausgegangen wird, fußt bei einer Säuglingssterblichkeit von weniger als 4 ‰ auf einer sinkenden Sterblichkeitsrate älterer Menschen. Die Zahl der Hochaltrigen, Personen im Alter von mindestens 80 Jahren, wird sich bis 2035 um etwa 53 % erhöhen.

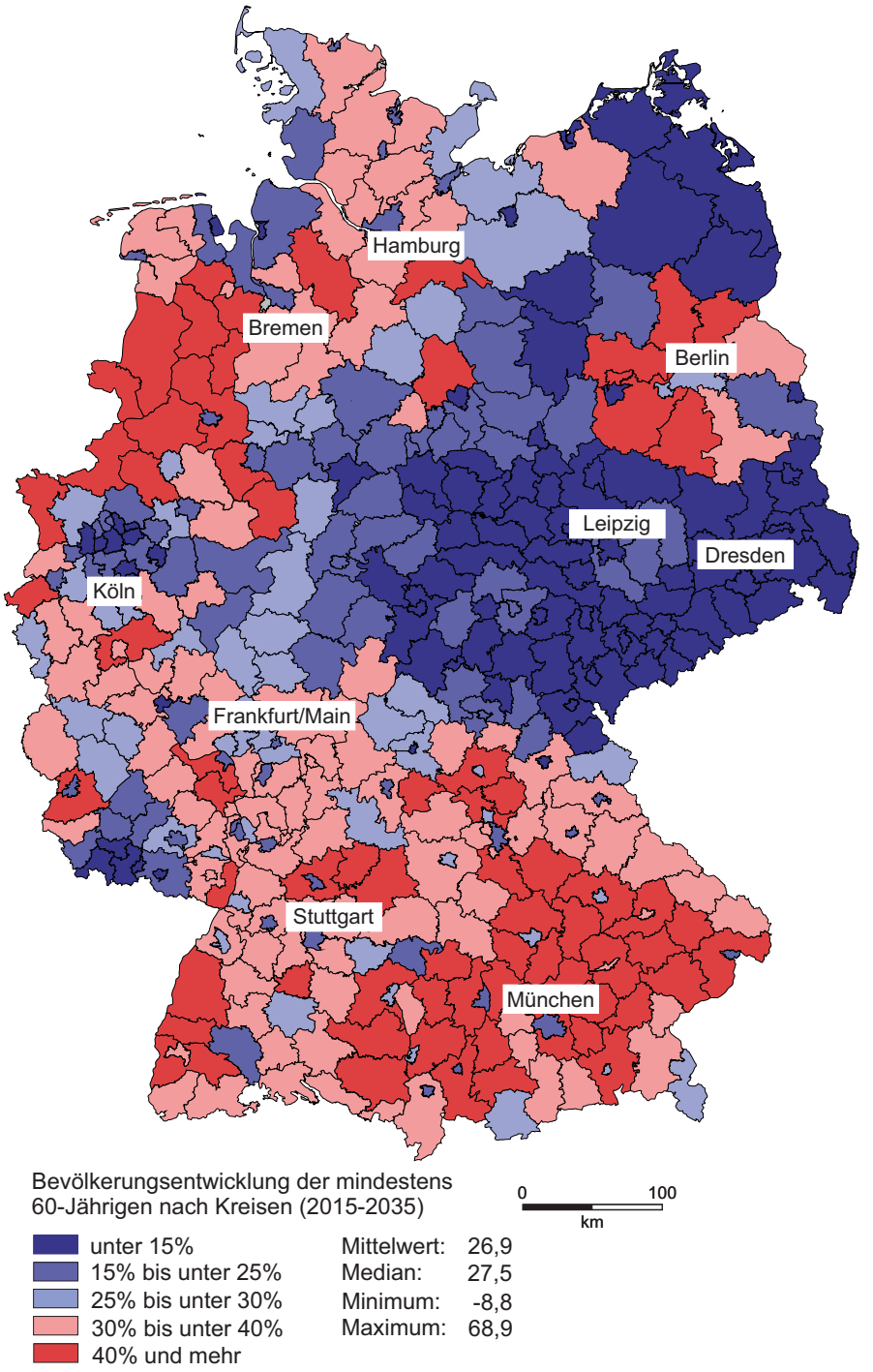
2) Bis 2025 werden stark besetzte Jahrgänge als Folge der hohen Geburtenhäufigkeit in den 1960er Jahren ein Alter von über 60 Jahren erreichen.

Abbildung 2: Entwicklung der Zahl der unter 20-Jährigen in Deutschland nach Kreisen (2015–2035)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage von BBSR 2015

Abbildung 3: Entwicklung der Zahl der mindestens 60-Jährigen in Deutschland nach Kreisen (2015–2035)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage von BBSR 2015

3) Der Anteil der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung verringert sich kontinuierlich aufgrund der niedrigen Geburtenhäufigkeit seit Mitte der 1970er Jahre. Die Zahl in den jüngeren Kohorten reduziert sich bis 2035 um etwa 10 %.

Auch die Bevölkerungsalterung verläuft regional sehr unterschiedlich. Ihre Intensität ist von der jeweiligen Entwicklung der jüngeren und älteren Jahrgänge abhängig. Zunahmen bzw. geringere Rückgänge der unter 20-Jährigen verzeichnen Großstädte sowie Umlandkreise in Agglomerationen mit großen regionalen Arbeits- und Ausbildungsmärkten (s. Abb. 2). Auffallend ist die günstige Entwicklung in Universitätsstädten wie Jena, Weimar, Oldenburg, Bonn oder Tübingen. Hohe Abnahmen registrieren Jüngere in Kreisen mit unzureichenden Ausbildungs- und Arbeitsplatzangeboten. Betroffen sind ländlich geprägte Kreise in peripherer Lage und mit niedriger Bevölkerungsdichte, aber auch verstädterte Räume und Agglomerationen mit wirtschaftlicher Strukturschwäche. In diesen Fällen verstärken Nettowanderungsverluste bei jungen Erwachsenen die demografischen Auswirkungen des niedrigen Geburtenniveaus (Schlömer 2009).

Überdurchschnittliche Zunahmen der mindestens 60-Jährigen sind in jenen Kreisen mit einer positiven Entwicklung der Gesamtbevölkerung bis 2035 zu erwarten (s. Abb. 1, 3). Vor allem Kreise in prosperierenden Agglomerationen, in landschaftlich attraktiven Räumen wie dem Alpenvorland oder der Ostseeküste können von einem deutlich überdurchschnittlich positiven Trend ausgehen, der zum Teil auch von der Zuwanderung älterer Menschen getragen wird.

Neben diesen interregionalen Unterschieden in der Entwicklung der Zahl der mindestens 60-Jährigen ist in Westdeutschland eine intraregionale Differenzierung der Bevölkerungsalterung auffällig (s. Abb. 3). So nimmt die Zahl der Älteren in den Großstädten (19,3 %) bis 2035 markant weniger zu als in den städtischen Kreisen im Umland (+30,6 %). Dieser intraregionale Trend dokumentiert ein *ageing in place* als Folge der ▷ *Suburbanisierung* seit den 1960er Jahren. Die Eigentumsbildung im suburbanen Raum führte zu einer hohen Immobilität der zuziehenden Haushalte, überwiegend Paare mit Kindern. Heute hat die damals nachwachsende Generation den elterlichen Haushalt längst verlassen, und die gealterte Elterngeneration prägt die Altersstruktur der Bewohner. Im Vergleich dazu verzeichnen die Kernstädte mit ihren Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, ihrem Mietwohnungsmarkt sowie aufgrund funktionierender Migrantennetzwerke Wanderungsgewinne von jungen Erwachsenen und gleichzeitig Wanderungsverluste bei Älteren nach Erreichen des Renteneintrittsalters. Diese altersspezifischen Migrationsprozesse führen in den Großstädten zu einem deutlich geringeren Anstieg des Altenquotienten (2015: 44,4; 2035: 60,8) als in den städtischen Kreisen (2015: 51,1; 2035: 77,3).

2.3 Komponente Vereinzelter

Der Begriff *Vereinzelung bzw. Singularisierung* beschreibt den Trend, dass immer mehr Haushalte nur eine Person umfassen. So erhöhte sich der Anteil der Einpersonenhaushalte in Deutschland von einem Drittel im Jahr 1991 auf ca. 40 % im Jahr 2012, und diese Entwicklung wird sich in Zukunft – wenn auch abgeschwächt – fortsetzen (s. Tab. 2). Gleichzeitig verringerte sich die durchschnittliche Haushaltsgröße von mehr als zwei auf heute zwei, und bis 2030 wird sie auf weniger als zwei Personen sinken. Die Gründe liegen zum einen im zukünftig höheren Anteil älterer Menschen bei einer längeren Lebenserwartung von Frauen, zum anderen im fortschreitenden Bedeutungsverlust der Normbiografie mit Partnerschaft und Familiengründung sowie einem

wachsenden Anteil von Personen, die in ihrem Lebenslauf ledig bleiben (Brüderl 2004). Betreuung und Pflege älterer Menschen als Elemente der Daseinsvorsorge werden in Zukunft weniger als heute von Familienangehörigen geleistet, und es stellen sich nicht nur Fragen nach der Organisation, sondern auch nach der Übernahme dieser Aufgaben im Hinblick auf Träger und Kosten.

Tabelle 2: Entwicklung der Privathaushalte nach Zahl und Größe (1991–2030)

Jahr	Zahl der privaten Haushalte in 1.000	Anteil der Einpersonenhaushalte	Mittlere Haushaltsgröße
1991	35.256	33,6 %	2,27
2001	38.456	36,6 %	2,15
2015	40.700	41,0 %	1,99
2030	41.020	43,4 %	1,88

Quelle: Destatis 2014: 50 f.; Destatis 2011: 10

2.4 Komponente Bunter

Seit Anfang der 1970er Jahre übertrifft in Deutschland die Zahl der Sterbefälle die der Geburten. Bevölkerungswachstum liegt seitdem nur vor, wenn Außenwanderungsgewinne die Sterbeüberschüsse mehr als ausgleichen können. Folge der Außenwanderungen ist eine fortschreitende Internationalisierung der Bevölkerungsstruktur. So hat sich seit 1975 die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer von knapp 4,1 Mio. auf etwa 7,6 Mio. im Jahr 2013 oder um 86 % erhöht (s. Tab. 3). Im selben Zeitraum hat sich die Struktur der Migrantinnen und Migranten nach ihrer Staatsangehörigkeit ausdifferenziert. 1975 gehörten fast drei Viertel aller Ausländerinnen und Ausländer den fünf in Deutschland am stärksten vertretenen Nationalitäten an – zugleich die fünf wichtigsten Anwerbestaaten, deren Anteil sich aufgrund des Bedeutungsgewinns anderer Herkunftsländer für die Zuwanderung nach Deutschland bis 2013 auf 45 % verringert hat. Ursachen sind der Fall des Eisernen Vorhanges 1989 und der EU-Beitritt (▷ *Europäische Union*) vieler osteuropäischer Staaten seit 2004. So bildeten im Jahr 2013 rund 610.000 Polinnen und Polen die zweitgrößte in Deutschland lebende Gruppe mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Des Weiteren sind als Gründe für die Internationalisierung die Krisen z. B. in Afghanistan, Syrien oder im Irak und sicherlich auch die Globalisierung zu nennen. Diese Ursachen werden in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen.

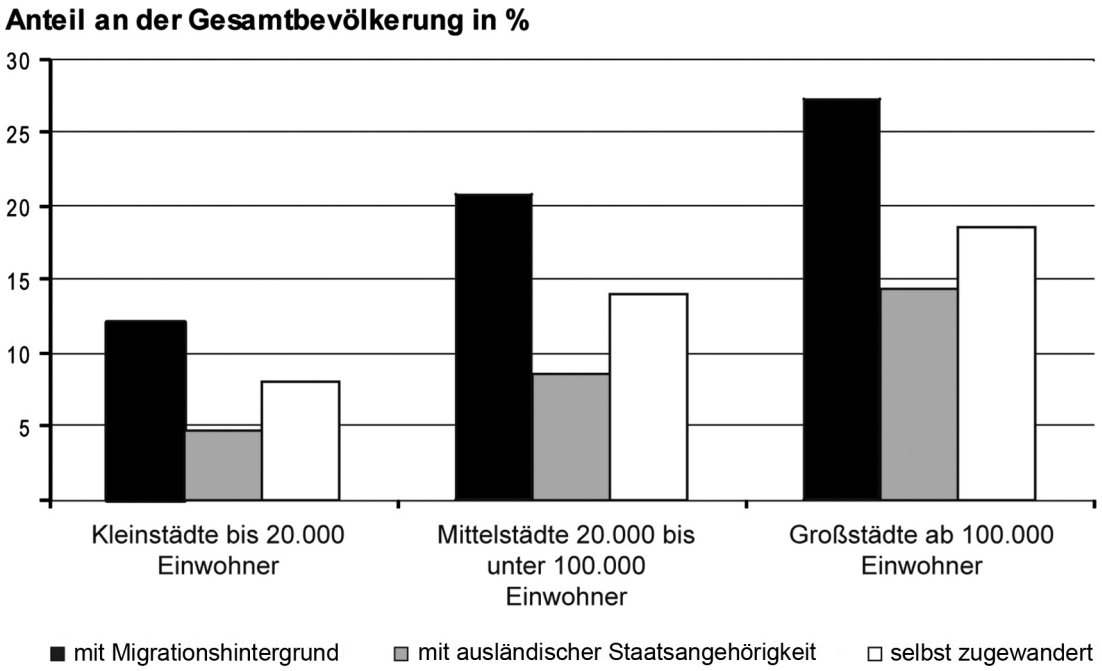
Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Personen, die nach 1949 nach Deutschland zugezogen sind, hier geborene Ausländerinnen und Ausländer oder deren in Deutschland geborenen Kinder – (Ende 2014: 20,3 %) wie auch die Ausländerinnen und Ausländer (Ende 2014: 9,5 %) weisen in Großstädten deutlich höhere Anteile auf als in Städten geringerer Größe (s. Abb. 4). Diese Konzentration basiert auf der Struktur des Wohnungsbestandes. Haushalte mit Migrationshintergrund haben aufgrund ihres finanziellen Handlungsspielraumes vor allem Zugang zu Mietwohnungen. Dieses Wohnungsmarktsegment gewinnt mit der Stadtgröße an Bedeutung, während in Kleinstädten von den Eigentümern selbst genutzte Ein- und Zweifamilienhäuser überwiegen. Herausforderungen für die Stadt- und Raumentwicklung stellen sich im Hinblick auf

Tabelle 3: Entwicklung der fünf größten Bevölkerungsgruppen mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit in Deutschland, 1975 und 2013

Land der Staatsangehörigkeit	1975		2013	
	Anzahl in 1.000	Anteil in %	Anzahl in 1.000	Anteil in %
Türkei	1.077	26,3	1.550	20,3
Ex-Jugoslawien	678	16,6	912	11,9
Italien	601	14,7	553	7,2
Griechenland	391	9,6	316	4,1
Spanien	247	6,1	136	1,8
Summe	2.994	73,3	3.467	45,4
insgesamt	4.085	100,0	7.634	100,0

Quelle: Gans 2011: 99; Destatis 2014: 40

Abbildung 4: Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Gemeindegrößen (2010)



Quelle: Gans/Schlömer 2014: 146

Integration hauptsächlich in den Großstädten (Gans/Schlömer 2014) und werden in den kommenden Jahren als Folge der derzeitigen Zuwanderungsüberschüsse noch zunehmen. Zugleich wird die ethnische Zusammensetzung der Migrantinnen und Migranten vielfältiger, da schon seit den 1990er Jahren die Migration aus den ehemaligen Anwerbeländern an Bedeutung verloren hat und sich in den vergangenen Jahren Armutszuwanderung, insbesondere aus Südosteuropa, und der Flüchtlingsstrom beträchtlich ausgeweitet haben. Diese zahlenmäßige wie strukturelle Entwicklung müssen Maßnahmen zur Integration in Bezug auf Bildungssystem, Arbeits- und Wohnungsmarkt berücksichtigen. Diesbezüglich sind die Optionen von anerkannten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in den Großstädten am günstigsten. Aufgrund der Nähe zu sozialen Infrastrukturen, zu potenziellen Arbeitsplätzen und zu bestehenden Migrantennetzwerken werden sie auf die städtischen Wohnungsmärkte drängen, billigen Wohnraum nachfragen und die schon angespannte Lage auf den Wohnungsmärkten in den meisten Großstädten noch verschärfen.

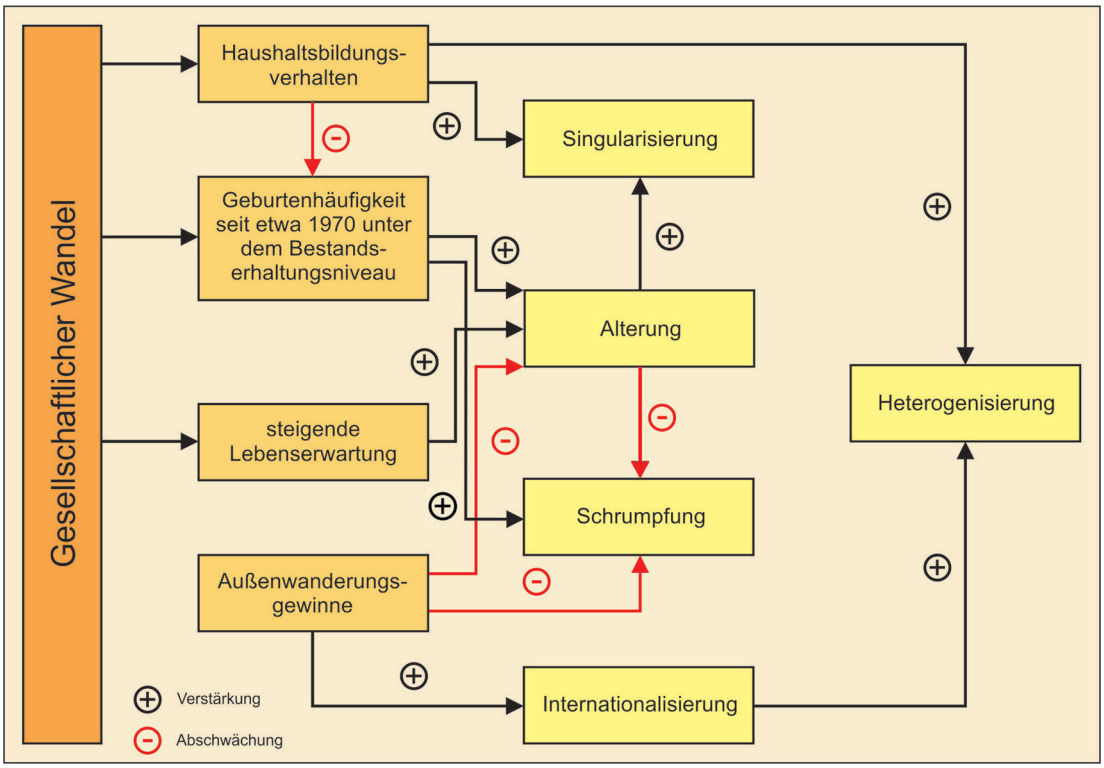
3 Ursachen des demografischen Wandels

Verschiedene Charakteristika der Bevölkerungsentwicklung und -struktur wirken auf die Komponenten des demografischen Wandels ein. Eine Geburtenhäufigkeit, die wie in Deutschland seit mehr als 40 Jahren unter dem natürlichen Reproduktionsniveau von 2,1 Geburten je Frau liegt, treibt die ▷ *Schrumpfung* der Einwohnerzahlen voran und beschleunigt zugleich den Prozess der Bevölkerungsalterung von der Basis der Alterspyramide, da jüngere Jahrgänge immer schwächer besetzt sind als ältere und sich damit der Anteil älterer Menschen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung erhöht. Die Zunahme der Lebenserwartung führt zu einer „Alterung von oben", von der Spitze der Alterspyramide und wirkt einer negativen Bevölkerungsentwicklung entgegen. Die fortschreitende Singularisierung leitet sich aus den Veränderungen des Haushaltsbildungsverhaltens und auch aus der Bevölkerungsalterung ab. Die Ausdifferenzierung der Formen des Zusammenlebens hat eine fortschreitende Heterogenisierung der Bevölkerungsstruktur zur Folge, die auch von den Außenwanderungen bei gleichzeitiger Diversifizierung der Herkunftsländer von Migrantinnen und Migranten befördert wird.

Erklärungen des demografischen Wandels sind in einem gesellschaftlichen Wandel zu suchen, der sich in weitreichenden Veränderungen von Werten und Normen in der Bevölkerung widerspiegelt. Sie sind geprägt von einer Hinwendung zu postmaterialistischen Einstellungen, die Selbstverwirklichung und Individualisierung, Emanzipation und Autonomie einen hohen Stellenwert beimessen und die sich mehr und mehr von sozialen Autoritäten wie Eltern, Kirche, Staat oder Gewerkschaften lösen (Gans/Schmitz-Veltin/West 2015: 67 ff.). Auswirkungen zeigen sich im Haushaltsbildungsverhalten mit der wachsenden Bedeutung nicht ehelicher Lebensgemeinschaften und mit der abnehmenden Relevanz der vorherrschenden traditionellen Familienform, verheiratete Paare mit geschlechtsspezifischer Aufgabenteilung. Seit den 1970er Jahren verstärkt der ökonomische Strukturwandel mit seiner zunehmenden Befristung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse diese Entwicklung noch (Läpple 2004: 72). Als rationale Reaktion auf den rückläufigen Stellenwert von herkömmlichen Arbeitsverhältnissen und auf schwindende Beschäftigungssicherheit kann die Zunahme von Haushalten mit zwei oder mehr Beschäftigungsverhältnissen interpretiert werden, die in Partnerschaften vorhandenes Humankapital optimal in Wert zu setzen versuchen. Der Wunsch, möglichst viele Optionen offenzuhalten, führte dazu, dass

eine Heirat den Lebenslauf einer Person immer weniger vorbestimmte. Die Konsequenzen sind sinkende Erstheiratsquoten bei höherem Erstheiratsalter und gestiegenen Scheidungsraten, was letztendlich – bei nach wie vor enger Koppelung zwischen Heirat und Geburt eines Kindes in Westdeutschland – niedrige Geburtenhäufigkeiten und Kinderwünschen verursachte. Brake (2012: 24) schlussfolgert treffend: „Endgültig weniger üblich wird der *eine* Beruf, die *eine* Arbeitsstätte, der *eine* Arbeitsort, die *eine* Ehe, die *immer gleich* getakteten Arbeitstage bzw. Ladenöffnungszeiten."

Abbildung 5: Ursachen und Wechselwirkungen der Komponenten des demografischen Wandels



Quelle: Gans 2011: 100

4 Herausforderungen des demografischen Wandels

Der demografische Wandel mit seinen Veränderungen der Bevölkerung nach Zahl und Struktur stellt vielfältige Herausforderungen an die Gesellschaft in Deutschland, die alle Lebensbereiche, Arbeiten und ▷ *Wohnen*, ▷ *Mobilität*, Daseinsvorsorge und Infrastruktur betreffen und deren Intensität auf regionaler Ebene beträchtlich von nationalen Ausprägungen abweichen kann. Auf dem Arbeitsmarkt sind die zukünftigen Folgen schon heute im Fachkräftemangel und auf dem ▷ *Wohnungsmarkt* in den regional differenzierten Leerstandsquoten zu spüren. Die Schließung

von Schulen (▷ *Bildungsplanung*), die Ausdünnung von Arztpraxen (▷ *Gesundheit in der Raumplanung*) oder die räumliche Konzentration von ▷ *Einzelhandel* gefährdet die Daseinsvorsorge vor allem in dünn besiedelten ländlichen Räumen mit hohem Bevölkerungsrückgang (s. Tab. 1). Schrumpfung und Alterung sind auch in Städten zu beobachten, in denen in manchen Quartieren stadtentwicklungspolitische Aufgaben abzusehen sind, deren Intensität im Vergleich zu den ländlichen Räumen moderater ausfallen dürfte.

Deutschland muss sich diesen Herausforderungen ebenenübergreifend stellen, um auch zukünftig gleichwertige Lebensverhältnisse bieten zu können. Voraussetzung hierfür sind Kommunikation und Kooperation zwischen Akteuren aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung unter Einbeziehung der Bevölkerung vor Ort (BMI 2012). In diesem Sinne hat die Bundesregierung mit der Demografiestrategie „Jedes Alter zählt", verabschiedet im April 2012, und mit dem Demografieportal www.demografie-portal.de einen Dialogprozess zur Gestaltung des demografischen Wandels hinsichtlich Themenfeldern wie „Familien als Gemeinschaft stärken" oder „Lebensqualität in ländlichen Räumen und integrative Stadtpolitik" angestoßen.

4.1 Arbeiten

Ein Schwerpunkt der Demografiestrategie ist die Sicherung nachhaltigen Wachstums und Wohlstands. Dazu setzt die Bundesregierung auf national wirksame Rahmenbedingungen zur Ausschöpfung von Bildungs- und Erwerbspotenzialen, um die Fachkräftebasis zu erhalten und um Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen weiter zu forcieren. Dieses Ziel soll auf regionaler Ebene mithilfe konkreter Projekte erreicht werden.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, um die Erwerbsquote zu steigern (Gans 2011; BMI 2012). So kann in Deutschland die Vollerwerbstätigkeit von Frauen noch deutlich erhöht werden. Eine wesentliche Bedingung ist die weitere Verbesserung und Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu gehören auch Optionen zur Fortbildung während der Elternzeit, um im Anschluss die Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess zu erleichtern. Zudem unterstützt der Ausbau von Betreuungsplätzen in Verbindung mit Bildungsangeboten zur Sprach- und Leseförderung insbesondere von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Gruppen deren gesellschaftliche Teilhabe in höherem Alter. So werden im Rahmen der Offensive „Frühe Chancen" etwa 4.000 Kindertagesstätten unter dem Bundesprogramm „Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration" weiterentwickelt (BMFSFJ o. J.). In diesem Sinne dienen verschiedene Initiativen wie „Abschluss und Anschluss: Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss" der Ausschöpfung des Erwerbspotenzials. Mithilfe von hauptamtlichen Bildungslotsen, Senior-Experten und einer Berufseinstiegsbegleitung sollen Schulabbrecherquoten gesenkt und Ausbildungsabbrüche vermieden werden.

Des Weiteren kann nach Überzeugung der Bundesregierung eine zielgerichtete Migrationspolitik helfen (Geiger/Hanewinkel 2014), Engpässe auf dem Arbeitsmarkt zu mildern. Grundsätzlich soll Deutschland für gut ausgebildete und hoch qualifizierte Zuwanderinnen und Zuwanderer als Ort zum Wohnen und Arbeiten an Attraktivität gewinnen. Mit der Einführung der „Blauen Karte EU" werden befristete Aufenthaltsgenehmigungen schon ab einem Bruttojahresgehalt von 44.000 Euro erteilt, bei Mangelberufen auch bei geringerem Einkommen. Eine dauerhafte Erlaubnis zur Niederlassung ist schon nach zwei Jahren versicherungspflichtiger Beschäftigung möglich. Ausländische Absolventinnen und Absolventen von deutschen Hochschulen erhalten eine

Aufenthaltsgenehmigung, wenn sie einen angemessenen Arbeitsplatz gefunden haben. Zudem strebt die Bundesregierung eine umfassendere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse von Zuwanderinnen und Zuwandern an. Eine Willkommenskultur mit Spracherwerbsangeboten, Informationsportalen, Job-Börsen, Behördenlotsen (BMWi o. J.) und eine Vereinfachung von Verwaltungsverfahren soll das Migrationsziel Deutschland aufwerten.

4.2 Wohnen

Das Thema *Wohnen* nimmt in einer alternden Bevölkerung eine zentrale Position hinsichtlich der Herausforderungen für die Gesellschaft ein (Gans 2011). Zum einen gehört das Wohnen zu den Grundbedürfnissen aller Menschen, zum anderen erhöht sich die Aufenthaltsdauer im unmittelbaren Wohnbereich mit dem Alter. Zugleich haben ältere Menschen sehr heterogene Wohnbedürfnisse, die z. B. vom individuellen Alterungsprozess, von Lebenslagen und Lebensstilen abhängen.

Die absehbare Zunahme der Zahl älterer Menschen lässt einen deutlich steigenden Bedarf an altengerechtem Wohnen erwarten. Zudem wird es zukünftig immer mehr Ältere geben, die keine eigenen Kinder haben, sodass familiäre Unterstützungsstrukturen für diese Gruppe an Bedeutung verlieren werden und Hilfsangebote entstehende Versorgungslücken schließen müssen. Die Mehrzahl der Menschen zieht es vor, auch im Alter so lange wie möglich in der eigenen Wohnung zu verbleiben. Daher sind Wohnungen sowie Häuser den altersbezogenen Veränderungen umweltrelevanter Fähigkeiten anzupassen, um eine eigenständige Lebensführung im Alter möglichst lange zu gewährleisten. Anregungen zu außerhäuslichen Angeboten wie kulturellen Veranstaltungen oder vereinsgebundenen Aktivitäten erleichtern außerdem eine aktive Lebensgestaltung und sind Grundlage für Lebensqualität im Alter.

Die regional überaus unterschiedlichen Trends der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung und die sich verändernden Ansprüche an das Gut Wohnung beeinflussen eine regional wie sektoral ausgesprochen differenzierte Nachfrageentwicklung, die sich infolge der steigenden Außenwanderungsgewinne seit 2010 noch ausweiten und die angespannte Wohnungsmarktsituation in wirtschaftlich prosperierenden Regionen in hohem Maß prägen wird. So wird sich eine Neubautätigkeit in Regionen mit Bevölkerungswachstum schon aus der steigenden Nachfrage ergeben und Leerstände werden auf niedrigem Niveau bleiben. In Regionen mit Bevölkerungsrückgang hingegen bleiben Auswirkungen auf die Wertentwicklung von Wohnimmobilien aufgrund der Diskrepanz zwischen Wohnangebot und den Anforderungen von Wohnungssuchenden nicht aus. Leerstände und Verkäufe konzentrieren sich auch auf städtische und suburbane Quartiere mit einer relativ hohen Homogenität hinsichtlich Bauzeit, Eigentumsquote und Überalterung der Bewohner wie in vielen Einfamilienhausgebieten aus den 1950er bis 1970er Jahren in Westdeutschland (Zakrezewski/Berndgen-Kaiser/Fox-Kämper et al. 2014). In diesen Wohngebieten werden sich in den kommenden Jahren Verkäufe im Bestand häufen, der allerdings den heutigen Wohnbedürfnissen von Haushalten, die Eigentum erwerben wollen, nicht entspricht. Zugleich wird die Nachfrage von Eigentumsbildnern als Folge des demografischen Wandels sinken. In Verkäufermärkten werden sich Generationenwechsel und Bestandserneuerung über Angebot und Nachfrage weitgehend problemlos vollziehen. In Käufermärkten dagegen werden sich je nach Lageeigenschaften, städtebaulichen Defiziten und Image Gewinner und Verlierer herauskristallisieren. Bei einer sich andeutenden abwärts gerichteten Entwicklung des Quartiers sollte die Kommune je nach Intensität des negativen Trends Maßnahmen ergreifen, die einer Stabilisierungs-,

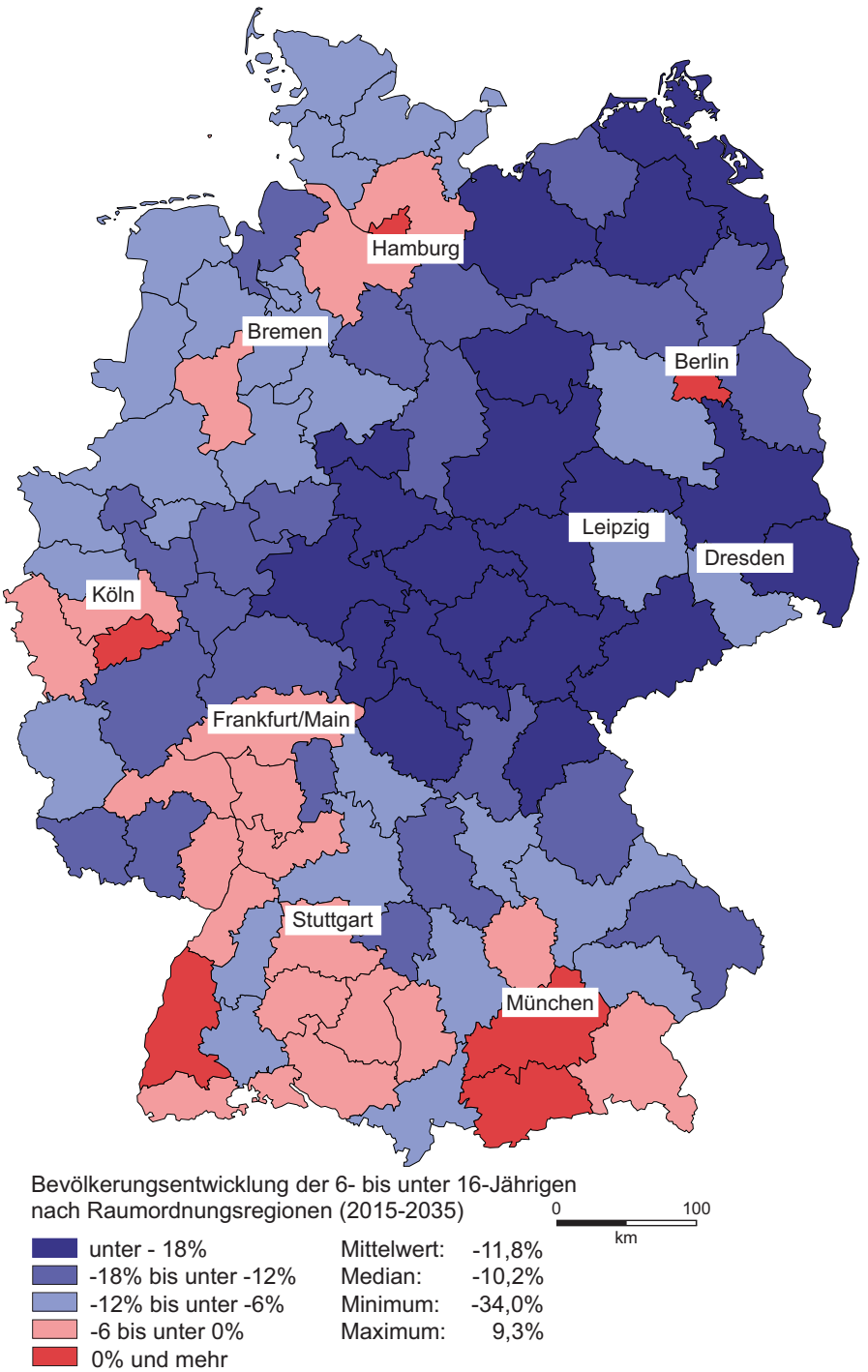
Qualifizierungs- oder Umstrukturierungsstrategie folgen (▷ *Quartier/Quartiersentwicklung*). Sie sollten zudem in ein gesamtstädtisches Konzept z. B. zur Baulandpolitik eingebunden sein und die Bereiche Infrastruktur und Nahversorgung, Verkehr und Mobilität, Gebäude und Wohnraum einbeziehen, wobei ein komplexes Spannungsfeld „zwischen Nachfragepotential jetziger und zukünftiger Bewohnergruppen, ökonomischer Tragfähigkeit und kommunalem Versorgungsauftrag“ (Zakrezewski/Berndgen-Kaiser/Fox-Kämper et al. 2014: 275) zu bedenken ist.

4.3 Daseinsvorsorge

Herausforderungen, die sich aus dem demografischen Wandel ergeben, sind durch das regionale Zusammentreffen verschiedener sektoraler Problemstellungen mit raumspezifischen Anforderungen gekennzeichnet. Sie betreffen die Sicherung der Daseinsvorsorge mit den Kernbereichen Bildung, Gesundheit und Pflege, Nahversorgung, öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV; ▷ *Öffentlicher Personenverkehr*) und Sicherheit (Danielzyk 2014). Ihre Gewährleistung für die Bevölkerung ist in ländlichen Räumen mit sinkenden Einwohnerzahlen und fortgeschrittener Alterung der Bevölkerung besonders gefährdet. Als Folge des demografischen Wandels und der geringen Siedlungsdichte haben z. B. Bildungseinrichtungen, soziale wie auch technische Infrastrukturen erhebliche Auslastungsdefizite, sodass sie aus Rentabilitätsgründen in der bisherigen Form nicht mehr beibehalten oder gar geschlossen werden (Dehne 2013). Die Schließung von Einrichtungen in Gebieten mit starker Schrumpfung verschlechtert die dortige Lebensqualität noch und beschleunigt eine negative regionale Entwicklungsspirale (Kocks 2007), sodass „die soziale Infrastruktur (Kinderbetreuung, Schule, Arzt, Pflege sowie Freizeit- und Kulturangebote) zunehmend zum harten und bestimmenden Standortfaktor“ wird (Dehne 2013: 6). Insbesondere für ländliche Räume sind Handlungsstrategien zur Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge gefragt. Im Vergleich dazu werden die demografisch bedingten Auswirkungen in Agglomerationsräumen aufgrund der Nähe zu Alternativen moderat ausfallen. Die folgenden Ausführungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge beziehen sich daher auf den ländlichen Raum, der allerdings eine recht uneinheitliche Kategorie der Siedlungsstruktur darstellt, sodass für jede Region spezifische Lösungskonzepte erforderlich sind (s. Tab. 1).

Eine für die Sicherung der Daseinsvorsorge relevante Handlungsstrategie stützt sich auf das Zentrale-Orte-Konzept (▷ *Zentraler Ort*). Die Konzentration von Infrastruktur- und Dienstleistungsangeboten auf klein- und mittelstädtische Zentren im ländlichen Raum stärkt deren Multifunktionalität und begünstigt eine höhere Auslastung der Einrichtungen. Diese kann durch eine Optimierung des ÖPNV-Netzes und alternativer Bedienkonzepte zwischen Zentralen Orten und den Gemeinden in den Einzugsbereichen noch gesteigert werden. Eine geeignete Lösung für kleinere Gemeinden bietet die Einrichtung von Dienstleistungszentren, in denen verschiedene Nahversorgungsangebote gemeinsam vorgehalten werden. Die Bündelung unterschiedlicher Angebote festigt die Attraktivität des Gesamtangebots und somit auch die Chance, die Nahversorgung auch bei geringer oder noch zurückgehender Bevölkerung zu sichern. Als Beispiele sind Markttreffs zu nennen, deren Konzept auf den drei Säulen „Kerngeschäft“, „Dienstleistungen“ und „Treffpunkt“ basiert, oder „DORV – Dienstleistungen und ortsnahe Rundumversorgung“ (▷ *Dienstleistungen*). Die Konzentration unter einem Dach fördert Synergien, die die Tragfähigkeit eines Gesamtstandorts ab etwa 1.000 Einwohnern sicherstellen können. Für noch kleinere Gemeinden hingegen sind eher mobile Angebote oder der Ausbau von Breitbandkabelanschlüssen, z. B. für E-Commerce, zu empfehlen. Parallel sollte die Mobilisierung von Einrichtungen erweitert werden,

Abbildung 6: Entwicklung der 6- bis unter 16-Jährigen in Deutschland nach Raumordnungsregionen (2015–2035)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Grundlage von BBSR 2015

wie zeitweise besetzte Zweigstellen von Arztpraxen oder Gemeindeschwestern, die ältere, wenig mobile Personen aufsuchen und – falls erforderlich – den Kontakt zum Hausarzt über das mitgeführte Notebook herstellen.

Angesichts der rückläufigen Schülerzahlen – so sinkt die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Alter von 6 bis unter 16 Jahren von 2015 bis 2035 um knapp 12 % – ist die Schließung von Schulstandorten naheliegend (s. Abb. 6). Zwar fällt der Rückgang in Ostdeutschland mit etwa 16 % höher als in Westdeutschland mit rund 7 % aus, betrifft aber in beiden Teilräumen in überdurchschnittlichem Ausmaß ländliche Räume. Im Vergleich dazu verzeichnen etliche Großstädte mit ihrem Umland positive Werte (z. B. München, Hamburg, Frankfurt/Main).

Die Argumentation zur Befürwortung von Schulschließungen beschränkt sich in der Regel auf Kosteneinsparungen. Dieser Begründung ist entgegenzuhalten, dass eine Schulschließung in ländlichen Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte und schwach ausgebildetem Städtenetz nachhaltig negative Folgen für die jeweilige Gemeinde und ihre Bevölkerung haben wird:

- Die Schuleinzugsbereiche werden größer, und die verfügbare freie Zeit von Kindern wird eingeschränkt.
- Die Kosten für den Transport der Schulpflichtigen zur Schule steigen und belasten in der Regel den Landkreis als Träger der Schülerbeförderung.
- Gebäudeleerstände beeinflussen die Wahrnehmung der Gemeinde negativ.
- Der Ort verliert als Wohnstandort an Attraktivität, z. B. für Paare mit schulpflichtigen Kindern, zudem lässt die emotionale Bindung der Einwohner an ihren Wohnort nach.

Als Folge sind anhaltende Bevölkerungsverluste wahrscheinlich, die eine abwärts gerichtete Entwicklungsspirale antreiben. Michel und Schulz (2007) nennen Gegenvorschläge wie

- alternative Lehr- und Lernkonzepte (z. B. jahrgangsübergreifende Klassen oder Nutzung der niedrigen Schüler-Lehrer-Relation zur Förderung von Kindern),
- Nutzung räumlicher Überkapazitäten im Schulgebäude durch die Bevölkerung des Ortes oder
- Mehrfach- und Mehrzwecknutzungen (z. B. als Gemeindezentrum, Ortstreff, Internetcafé für Schülerinnen und Schüler oder Bewohnerinnen und Bewohner).

„Schulen sind besonders im ländlichen Raum über ihre reine Bildungs- und Erziehungsfunktion fester Bestandteil des soziokulturellen Lebens, der Attraktivität und oftmals auch der Geschichte eines Ortes oder einer Gemeinde“ (Michel/Schulz 2007: 275).

5 Handlungsstrategien in unterschiedlich strukturierten Räumen

Am Beispiel der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN; ▷ *Metropolregion*) und des ländlich geprägten Werra-Meißner-Kreises (WMK) in Nordhessen werden unterschiedliche Strategien zur Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels vorgestellt.

5.1 Metropolregion Rhein-Neckar

Das Netzwerk Regionalstrategie Demographischer Wandel (RDW) wurde 2008 von der MRN gegründet. Heute hat es etwa 350 Mitglieder, Unternehmen, Kommunen oder Institutionen wie IHK, Handwerkskammer oder BfA. Die RDW will mithilfe von Projekten, Informationsveranstaltungen, Kongressen, Workshops oder Gesprächsforen die Kooperation, Kommunikation und Vernetzung der regionalen Akteure in der MRN intensivieren (MRN 2013).

Das RDW-Netzwerk informiert und sensibilisiert durch konkrete Projekte Akteure und die Bevölkerung der MRN in Bezug auf die gesellschaftliche Bedeutung des demografischen Wandels. Beispiele sind:

- das Leitsystem Demografischer Wandel, eine Austauschplattform, die Daten und Fakten zu guten Praxisbeispielen zur Bewältigung des demografischen Wandels in der MRN liefert und über aktuelle Veranstaltungen informiert (vgl. Verband Region Rhein-Neckar o. J.),
- die Etablierung einer Willkommenskultur (!Vamosi: Anwerben spanischer Fachkräfte oder Newcomers Guide, ein Leitfaden zum Leben und Arbeiten in der Region);
- mobile Wohnberater für Mieter, Vermieter und Hausbesitzer zur barrierefreien Gestaltung der Wohnung,
- die Organisation einer „Demografie-Woche“ mit der Vorstellung von 445 Projekten und Aktionen in 67 Kommunen der MRN und eines ganztägigen „Demografie-Kongresses“ mit Vorträgen und Diskussionsrunden zu neuen Märkten und Silver Economy, zur Sicherung der Nahversorgung oder zur Wohn- und Wohnumfeldgestaltung.

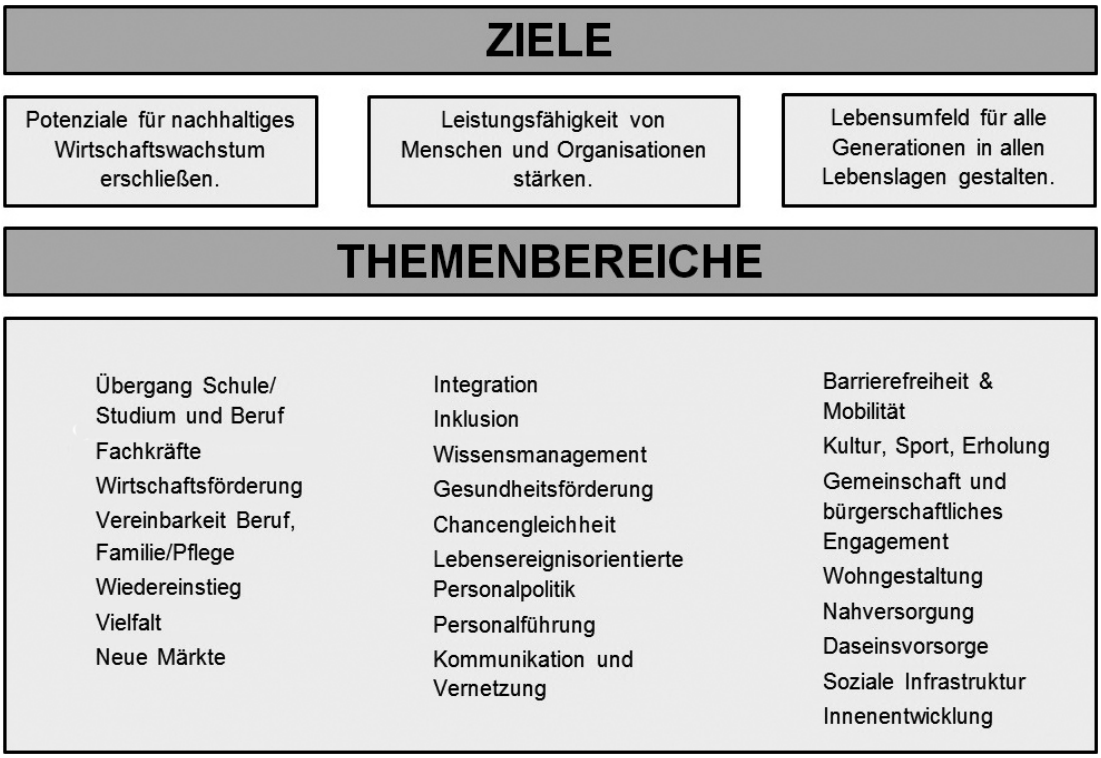
Die RDW will Synergien zur Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels erzeugen und die vielfältigen Chancen zur Umsetzung von Lösungsvorschlägen aufzeigen.

Ziele der RDW sind zudem der „Vision 2025“ der MRN untergeordnet, ihre Attraktivität als Wirtschaftsraum mit hoher Innovationskraft, Bildungs- und Lebensqualität weiter zu erhöhen. Die Herausforderungen werden als Querschnittsaufgaben verstanden, die sich in demografierelevanten Aussagen des Einheitlichen Regionalplans wiederfinden (MRN 2013: 2 f.):

- Stärkung der bestehenden Siedlungskerne (Innen- vor Außenentwicklung) und Reduzierung von Bauflächenneuausweisungen;
- Erhalt und bedarfsgerechter Ausbau von Infrastrukturen z. B. in den Bereichen Bildung, Pflege und Gesundheit durch eine zu intensivierende interkommunale Zusammenarbeit;
- Sicherung gleichwertiger Mobilitätsbedingungen für alle Bevölkerungsgruppen (Grundnetz der Mobilitätsversorgung, Verbesserung verkehrsmittelübergreifender Angebote, Einrichtung multimodaler Mobilitätsstationen);
- Sicherung der Nahversorgung an Standorten, die in das Netz der öffentlichen Verkehrsmittel gut eingebunden sind.

Die Fortschreibung der RDW 2012 durch den Lenkungsausschuss Demographischer Wandel der MRN setzt drei thematische Schwerpunkte (s. Abb. 7) und nimmt mit „Integration“ und „Inklusion“ neue Ziele auf.

Abbildung 7: Ziele der RDW



Quelle: MRN 2013: 11

5.2 Werra-Meißner-Kreis

Der WMK hat im Modellvorhaben „Region schafft Zukunft“ (www.regionale-daseinsvorsorge.de) einen Masterplan erarbeitet (VfR WM 2011). Beteiligt waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung, Akteure aus Politik und Wirtschaft sowie Expertinnen und Experten. Drei Arbeitsgruppen „Soziale Infrastruktur“, „Kultur und Bildung“ und „Energie, Siedlungsflächen und Erreichbarkeit“ erarbeiteten zu neun Themenfeldern Anpassungsstrategien und Handlungsempfehlungen sowie die beispielhafte Umsetzung ausgewählter Projekte.

Das Themenfeld „Altenhilfe und Senioren“ ist zukünftig zum einen von einer steigenden Zahl Pflegebedürftiger bei überdurchschnittlicher Zunahme des Bedarfs im stationären Bereich, zum anderen von einem Rückgang des Potenzials häuslicher Pflege gekennzeichnet. Bei der Entwicklung einer Gesamtstrategie wurde deutlich, dass in den Gemeinden jeweils spezifische Bedingungen zur Bewältigung der Herausforderungen vorliegen. Daher sollen dezentrale Angebote auf der Basis selbstorganisierter Strukturen in den Kommunen gefördert werden. Beispielhaft ist das Projekt „Zukunft gestalten – älter werden in unserem Dorf“, das gemeindeübergreifend, partizipativ und in seiner thematischen Ausrichtung multisektoral angelegt war. Es handelte sich um einen offenen Planungsprozess mit älteren Menschen zu den Folgen des demografischen Wandels für die Infrastruktur in den Gemeinden. Die Umsetzung des Projektes erhöhte das bürgerschaftliche

und nachbarschaftliche Engagement in der Bevölkerung, stärkte lokale Angebote, z. B. durch ein multifunktionales Nahversorgungszentrum, und führte zur barrierefreien Umgestaltung öffentlicher Räume.

Das Beispiel verweist auf zwei Bedingungen für den Erfolg von Dorfläden, die im WMK in Kooperation mit einer Supermarktkette dezentral eingerichtet werden: Zum einen muss das Konzept der lokalen Nachfrage angepasst sein, und das Angebot des Einzelhandels darf nicht nur zum „Verlegenheitseinkauf" genutzt werden. Die Einrichtung muss die Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort an sich binden, z. B. mithilfe strategischer Partnerschaften, damit sie auch als Treffpunkt für private Veranstaltungen, von Vereinen etc. dient. Zum anderen stärkt ein Mobilitätskonzept, das alle Ortsteile und beteiligten Gemeinden miteinander verbindet, die Erreichbarkeit und damit auch die Attraktivität der Einrichtung. Es basiert auf einem Pool von Fahrzeugen innerhalb der Gemeinde und auf ehrenamtlichen Fahrerinnen und Fahrern.

6 Schlussbemerkungen

Der demografische Wandel wirkt sich auf alle Bereiche zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge aus. Die Intensität seiner Folgen unterscheidet sich je nach Entwicklung von Zahl und Struktur der Bevölkerung von Gemeinde zu Gemeinde, von Kreis zu Kreis, von Region zu Region und hängt nicht zuletzt von standortspezifischen Bedingungen ab. Sie prägen zugleich altersspezifische Migrationsprozesse, die wiederum Effekte des demografischen Wandels sowohl verstärken als auch abschwächen können. Insgesamt werden regionale Disparitäten eher zu- als abnehmen (▷ *Disparitäten, räumliche*).

Es gibt verschiedene Handlungsansätze, um diesem Trend gegenzusteuern (Danielzyk 2014). Das Zentrale-Orte-Konzept zielt auf die Konzentration öffentlicher Einrichtungen und die verkehrliche Anbindung an Standorte in der Fläche. Die interkommunale Kooperation sowie die Flexibilisierung von Infrastrukturen bezwecken, vorhandene Einrichtungen höher auszulasten und zukünftige Bedarfe ohne Neubau anzupassen. Die Einbindung der Bevölkerung in die Umsetzung von Maßnahmen stärkt ihre räumliche Bindung an ihren Wohnort und ihr Bewusstsein, dass die Folgen des demografischen Wandels im Sinne des Erhalts der Lebensqualität gestaltet werden können. Die Bereitschaft der Bewohnerinnen und Bewohner, sich bürgerschaftlich zu engagieren, wächst. Die Partizipation sensibilisiert für die Herausforderungen des demografischen Wandels im Sinne der „Selbstverantwortungsräume" von Aring (2014).

Literatur

Aring, J. (2014): Wenig Mut für Innovationen. In: Nachrichten – Magazin der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 44 (2), 20-24.

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2015): Raumordnungsprognose 2035 nach dem Zensus. http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/UeberRaumbeobachtung/Komponenten/Raumordnungsprognose/raumordnungsprognose_node.html (09.10.2015).

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (o. J.): Frühe Chancen. Gute Kinderbetreuung: weil in Kleinen Großes steckt. http://www.fruehe-chancen.de/ (09.09.2015).

BMI – Bundesministerium des Innern (Hrsg.) (2012): Jedes Alter zählt. Berlin. http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2012/demografiestrategie.pdf?__blob=publicationFile (26.10.2014).

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (Hrsg.) (o. J.): Make it in Germany. http://www.make-it-in-germany.com/ (18.02.2015).

Brake, K. (2012): Reurbanisierung – Interdependenzen zum Strukturwandel. In: Brake, K.; Herfert, G. (Hrsg.): Reurbanisierung. Materialität und Diskurs in Deutschland. Wiesbaden, 22-33.

Brüderl, J. (2004): Die Pluralisierung partnerschaftlicher Lebensformen in Westdeutschland und Europa. In: APuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte (9), 3-10.

Bucher, H.; Mai, R. (2008): Die Bedeutung der Wanderungen für die Bevölkerungsentwicklung in den Regionen Europas. In: IzR – Informationen zur Raumentwicklung 2008 (3/4), 141-151.

Danielzyk, R. (2014): Gleichwertigkeit unter Schrumpfungsbedingungen. In: Nachrichten – Magazin der Akademie für Raumforschung Landesplanung 44 (2), 16-19.

Dehne, P. (2013): Ein Umbau der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen ist notwendig. In: Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (Hrsg.): Daseinsvorsorge im ländlichen Raum unter Druck. Wie reagieren wir auf den demographischen Wandel? Bonn, 6-8.

Destatis – Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2011): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Entwicklung der Privathaushalte bis 2030. Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung. Wiesbaden.

Destatis – Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2014): Statistisches Jahrbuch. Deutschland und Internationales 2014. Wiesbaden.

Destatis – Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2015): Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.

Gans, P. (2011): Bevölkerung. Entwicklung und Demographie unserer Gesellschaft. Darmstadt.

Gans, P.; Schlömer, C. (2014): Phasen internationaler Migration und ihre Auswirkungen auf Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland seit 1945. In: Gans, P. (Hrsg.): Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration. Hannover, 127-161. = Forschungsberichte der ARL 3.

Gans, P.; Schmitz-Veltin, A.; West, C. (2015): Bevölkerungsgeographie. Braunschweig.

Geiger, M.; Hanewinkel, U. (2014): Politik der Arbeitsmigration: Aktuelle Entwicklungen und Diskurse in Deutschland und Europa. In: Gans, P. (Hrsg.): Räumliche Auswirkungen der internationalen Migration. Hannover, 162-177. = Forschungsberichte der ARL 3.

Kocks, M. (2007): Konsequenzen des demographischen Wandels für die Infrastruktur im ländlichen Raum. In: Geographische Rundschau 59 (2), 24-31.

Läpple, D. (2004): Thesen zur Renaissance der Stadt in der Wissensgesellschaft. In: Gestring, N.; Glasauer, H.; Hannemann, C.; Petrowsky, W.; Pohlan, J. (Hrsg.): Jahrbuch StadtRegion 2003 – Schwerpunkt: Urbane Regionen. Opladen, 61-78.

Michel, H.; Schulz, V. (2007): Demographischer Wandel und Anpassungsstrategien in strukturschwachen ländlichen Räumen Brandenburgs. In: Scholz, R.; Bucher, H. (Hrsg.): Alterung im Raum. Auswirkungen der Bevölkerungsalterung unter besonderer Berücksichtigung regionaler Aspekte. Beiträge zur Jahrestagung 2006. Norderstedt, 257-282. = Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Demographie 2.

MRN – Metropolregion Rhein-Neckar (Hrsg.) (2013): Regionalstrategie Demographischer Wandel. Strategiepapier. Stand 30.10.2013. http://www.demografie-mrn.de/fileadmin/user_upload/Demographie/Meta/Netzwerk/RDW_Strategiepapier_Gesamt_finale_Version_30.10.2013.pdf (26.10.2014).

Schlömer, C. (2009): Binnenwanderungen in Deutschland zwischen Konsolidierung und neuen Paradigmen. Makroanalytische Untersuchungen zur Systematik von Wanderungsverflechtungen. Bonn. = Berichte des BBSR 31.

Schlömer, C.; Bucher, H.; Hoymann, J. (2015): Die Raumordnungsprognose 2035 nach dem Zensus. Bonn. = BBSR – Analysen KOMPAKT 05/2015.

Verband Region Rhein-Neckar (Hrsg.) (o. J.): Regionalstrategie Demografischer Wandel – ddn Regionalgruppe. http://www.demographie-mrn.de/home.html (18.02.2015).

VfR WM – Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner (Hrsg.) (2011): Region schafft Zukunft. Ergebnisse aus dem Masterplan für den Werra-Meißner-Kreis. http://www.vfr-werra-meissner.de/Region%20schafft%20Zukunft%20-%20Masterplan%20M%C3%A4rz%202011.pdf (26.10.2014).

Zakrezewski, P.; Berndgen-Kaiser, A.; Fox-Kämper, R.; Siedentop, S. (2014): Herausforderungen westdeutscher Einfamilienhausgebiete der Nachkriegszeit. In: Comparative Population Studies 39 (2), 247-284.

Bearbeitungsstand: 02/2017